Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 332. Montag den 19. October 1891. 85. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Dank.

Nachdem Herr **Consul Herrmann Beckmann,** Ritter ꝛc., hier aus Anlaß seines am 5. November d. J. in Aussicht stehenden **fünfzigjährigen Jubiläums** als Leipziger Bürger uns ein Capital von

zwanzigtausend Mark

und einen weiteren Betrag von

sechshundert Mark

mit der Bestimmung schenkungsweise überwiesen hat, daß die Zinsen dieses Capitals alljährlich am 5. November gleichmäßig an **zehn Beamte der hiesigen Schutzmannschaft,** welche sich durch pflichteifrige und sonst lobenswerthe Thätigkeit besonders ausgezeichnet haben, als Gratification vertheilt, und daß die mitüberreichten 600 ℳ schon in diesem Jahre zu gleichem Zwecke verwendet werden sollen, bringen wir diese Bethätigung wahrhaft hochherzigen und edlen Bürgersinns mit dem Ausdruck tiefempfundenen Dankes für den verehrten Herrn Schenkgeber hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, am 16. October 1891.

Der Rath und das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Bretschneider. Grössel.

Bekanntmachung.

Mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten haben wir beschlossen, nach Maßgabe des Planes F. B. V. No. 4847 R. A. No. 5054 die Fluchtlinien für diejenigen Straßen und Plätze in den Stadttheilen Leipzig-Gohlis und Leipzig-Gutritzsch festzustellen, welche auf diesem Plane innerhalb der mit blauer Tusche aufgetragenen Umgrenzung mit brauner Tusche ausgefüllt sind.

Dieser Bebauungsplan liegt in unserer Tiefbauverwaltung (Rathhaus, Zimmer Nr. 10, II. Stock), vier Wochen vom Ablaufe des Tages nach der Ausgabe der die erste Einrückung dieser Bekanntmachung enthaltenden Amtsblätter an gerechnet, zu Jedermanns Einsicht aus.

Widersprüche gegen den Plan sind innerhalb dieser Frist bei deren Verlust schriftlich bei uns anzubringen.

Leipzig, den 15. October 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ic. 5422 / 1554. Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Wegen Umänderung der Wasserleitungsanlagen wird die

Hohe Straße

in ihrer Ausdehnung von der Eisenstraße bis zur Bayerischen Straße auf die Dauer dieser Arbeiten **für den durchgehenden Fahrwerkehr gesperrt.**

Leipzig, am 17. October 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 12169. Dr. Georgi. Leistner.

Bekanntmachung.

Die **Klempner- und Dachdeckerarbeiten** (Falzziegeldach) zu einem Schulneubau und einem Turnhallenneubau der 15. Bezirksschule in **Leipzig-Sellerhausen** sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Kostenanschlags-Formulare und Bedingungen zu vorbezeichneten Arbeiten können bei unserer Hochbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Bezahlung von je 50 ₰ entnommen werden und sind bis zum 26. ds. Mts., Nachmittags 5 Uhr, in verschlossenem Couvert ebendaselbst mit der Aufschrift

„Klempner- bez. Dachdeckerarbeiten Schule Leipzig-Sellerhausen"

abzugeben.

Jede Entschließung über Vergebung der Arbeiten behalten wir uns vor.

Leipzig, den 13. October 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 4778. Dr. Georgi. Lohse.

Leipzig, 19. October.

* Ihre Majestäten der **Kaiser** und die **Kaiserin** sind mittelst Sonderzuges Sonnabend 8 Uhr 27 Min. auf der Wildparkstation wieder eingetroffen und haben sich zu Wagen nach dem Neuen Palais begeben.

* Im Bundesrath wird jetzt **demnächst die Redemptoristenfrage** zur Entscheidung kommen müssen. Eine Sitzung des Justizausschusses, der sich mit dem bayerischen Antrag, betreffend die Nichterstreckung des Jesuitengesetzes auf diesen Orden, zu beschäftigen haben wird, ist zwar bis jetzt noch nicht angesetzt, indessen liegt der Antrag schon so lange vor, daß seine Erledigung nicht mehr lange auf sich warten lassen kann. In welcher Richtung sie erfolgen wird, ist noch ganz unsicher.

* Immer näher rückt der Termin heran, von welchem an die **Ansprüche auf Invalidenrente** erhoben werden können. Nach dem Gesetze ist die Geltendmachung dieser Ansprüche während der Uebergangszeit, d. h. während 5×47 Wochen, nach dem 1. Januar 1891 von der Voraussetzung abhängig, daß mindestens für die Dauer eines Beitragsjahres oder 47 Wochen auf Grund der Versicherungspflicht die gesetzlichen Beiträge entrichtet worden sind. Es waren nun Zweifel darüber aufgestiegen, ob auf die hiernach erforderliche Zeit eines Beitragsjahres auch Krankheiten und Zeiten militairischer Dienstleistungen anzurechnen seien, wie es im Allgemeinen im Gesetze vorgeschrieben ist. Diese Zweifel sind durch eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes beseitigt, in welcher das Amt die strittige Frage bejaht hat. Personen also, welche nachdem sie nicht lediglich vorübergehend in ein die Versicherungspflicht begründendes Arbeits- oder Dienstverhältniß eingetreten waren, wegen Beschäftigung, mit Erwerbsunfähigkeit verbundener Arbeit für die Dauer von sieben oder mehr auf einander folgenden Tagen verhindert gewesen sind, dieses Verhältniß fortzusetzen oder behufs Erfüllung der Wehrpflicht zum Heere oder zur Marine eingezogen gewesen sind, werden diese Zeiten als Beitragszeiten **auch auf das erste Beitragsjahr in Anrechnung gebracht werden.**

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt: „Die Frage der Betheiligung deutscher Abgeordneter an der parlamentarischen Friedensconferenz in Rom hat durch den Rücktritt des Herrn Bonghi von seinem Amt als Präsident des vorbereitenden Comités eine neue Wendung genommen. Unsere politischen Freunde und auch viele Männer aus anderen Parteien hielten die Betheiligung deutscher Abgeordneter an der Conferenz nach einer so schweren Verletzung unseres nationalen Empfindens, wie sie in den Kundgebungen des provisorischen und, wie man annehmen mußte, voraussichtlich auch definitiven Leiters der ganzen Veranstaltung enthalten war, nicht mehr für möglich; sie glaubten eine ernste Sühne und Genugthuung verlangen zu müssen, bevor sie sich entschließen könnten, an einer Versammlung theilzunehmen, die durch die beleidigenden Bemerkungen des an der Spitze stehenden Mannes unter den übelsten Aussichten zu beginnen und keinerlei Bürgschaften zu bieten schien, daß die Conferenz sich von Ausschreitungen fernhalten werde, die unsere patriotischen Empfindungen verletzen müßten. Diese Sühne und Genugthuung ist jetzt durch den Rücktritt des Herrn Bonghi vom Präsidium des vorbereitenden Comités, wobei wir den künftigen Ausschluß vom Präsidium der Conferenz für selbstverständlich halten, in genügender Weise gegeben und die Angelegenheit steht für uns wieder so, wie sie vor den Bonghi'schen Extravaganzen gestanden. Wenn unsere politischen Freunde sich auch von Anfang an wenig praktischen Erfolg von der ganzen Veranstaltung versprechen konnten, so glaubten viele derselben doch, man solle die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, persönliche Beziehungen zu Staatsmännern anderer Nationen anzuknüpfen, aus denen doch die Milderung manches Vorurtheils und mancher nützliche Gedankenaustausch hervorgehen kann. Wir glauben, daß nach der neuesten Wendung der Dinge in den Kreisen unserer Parteigenossen überwiegend anerkannt werden wird, daß ein Hinderniß für die Betheiligung an der Conferenz jetzt nicht mehr vorliegt. Wie zahlreich diese Betheiligung ausfallen und wer von den nationalliberalen Abgeordneten sich zu der Reise entschließen wird, hängt natürlich ganz von persönlichen und äußerlichen Umständen ab. Es werden darüber alsbald Verhandlungen mit unseren parlamentarischen Parteigenossen stattfinden. Wenn man auf deutschfreisinniger Seite glaubt, die Haltung der Nationalliberalen in dieser Frage dahin kennzeichnen zu sollen, daß sie sich jetzt der Auffassung der Herren Rickert und Barth angeschlossen hätten, so müssen wir doch auf den wesentlichen Unterschied hinweisen, der in dem Entschluß der Theilnahme vor jeder Genugthuung für die Kränkung unserer nationalen Empfindungen und in der Theilnahme nach einer solchen liegt." Wir können uns von der Betheiligung deutscher Abgeordneten an dem „internationalen Friedenscongreß" auch nach dem Rücktritt des Herrn Bonghi keinen Nutzen versprechen und könnten es nur bedauern, wenn nationalliberale Abgeordnete daran Theil nehmen würden.

* Welche Unsumme von politischer Einsichtslosigkeit noch immer in der äußersten Ecke der conservativen Partei angesammelt ist, beweist wieder einmal schlagend die Thatsache, daß die „Kreuzzeitung" den sächsischen Wahlerfolg der Socialdemokratie nicht etwa zum Anlaß nimmt, den staatserhaltenden Parteien ein einträchtiges Zusammenwirken unter Zurückdrängung untergeordneter Meinungsverschiedenheiten zu empfehlen, sondern vielmehr umgekehrt zur Verdrängung der Ordnungsparteien auffordert. Die Moral der sächsischen Wahlen lautet für die „Kreuzzeitung" also:

Der Nationalliberalismus gilt in weiten Kreisen noch immer für eine im Wesentlichen staatserhaltende Richtung, was, grundsätzlich genommen, doch nur sehr cum grano salis zu verstehen ist. Daher die Unterstützung, die den nationalliberalen Candidaten von conservativer Seite zu Theil geworden ist und die ihnen unter den Verhältnissen der Gegenwart ja auch nicht recht versagt werden konnte; die Führer müssen mit dem Stande der Erkenntniß bei den Geführten rechnen, sie dürfen natürliche Stufen der Entwickelung nicht überspringen, als ob dieselben nicht vorhanden wären. Weil aber müssen sie der Ueberzeugung immer mehr Eingang zu verschaffen suchen, daß nur wahrhaft conservative Denkweise einen dauernden sichern Wall gegen die Ueberfluthung durch die Socialdemokratie bietet, daß das Zusammengehen mit Parteien, die sich nicht innerlich zu Gott und dem Könige bekennen, doch nur einen mechanischen Schutz gewährt, auf den als solchen im höchsten Sinne kein Verlaß ist, noch auch jemals sein wird.

* Als **Candidat** für den **erzbischöflichen Stuhl** in **Posen** wird jetzt der frühere Divisionspfarrer Propst Sawicki genannt.

* In den Berichten über den **Erfurter Parteitag** der **Socialdemokraten** traten einige bemerkenswerthe Erscheinungen bereits in demjenigen Stadium hervor, in welchem es sich noch keineswegs um principielle Entscheidungen handelte, wie solche die Verhandlung über das neue Parteiprogramm erfordern wird, sondern nur die schaumige Wäsche des Streites zwischen den „Jungen" und den „Alten" besorgt wurde. Der Reichstagsabgeordnete Auer berichtet Namens des Parteivorstandes über dessen Thätigkeit. Dabei räumt er, und zwar zwei Mal, ausdrücklich ein, daß das Socialistengesetz dennoch wirksam gewesen sei, obwohl es zu den seit Jahren von socialdemokratischer und demokratischer Seite vorgebrachten Axiomen gehört hat, die Wirksamkeit dieser Maßregel, d. h. ihre Zweckerfüllung zu bestreiten. Angesichts dieses Umstandes verdient es sich wohl, das Zeugniß des in der Eigenschaft eines Beauftragten des socialdemokratischen Parteivorstandes auftretenden Herrn Auer festzunageln. Er spricht davon — wir citiren ausschließlich nach dem Bericht des parteiofficiellen „Vorwärts" —, daß die „Cadres der socialdemokratischen Armeecorps" in bester Ordnung seien, und nennt das „eine wesentliche Leistung, die seit dem Socialistengesetz, dessen hauptsächlichste Aufgabe die Zerstörung der Organisation war, in 11 Monaten fertig gebracht wurde". Das Socialistengesetz hatte also, so bezeugt Herr Auer, die socialdemokratische Organisation zerstört, mindestens gestört, und erst seit dem Aufhören der Geltung desselben — seit 11 Monaten — hat man die „Cadres der socialdemokratischen Armeecorps" wieder in „beste Ordnung" zu bringen vermocht.

* In einer Rede über die Taktik der **socialdemokratischen Partei** auf dem Erfurter Parteitag hat Herr Bebel u. A. auch die Aeußerung gethan, die politischen Gegner dürften bei den Wahlen nicht mehr unterstützt, es müßten überall eigene Candidaten aufgestellt werden. Es wäre für die Zusammensetzung unserer parlamentarischen Körperschaften, insbesondere des Reichstags, von höchster Wichtigkeit, wenn der Entschluß, andere Parteien fernerhin bei den Wahlen nicht zu unterstützen, wirklich zur Ausführung käme. Die Deutschfreisinnigen, auch das Centrum, deren Candidaten sich bei Stichwahlen so oft der socialdemokratischen Stimmen zu erfreuen haben, würden den Verlust dieser Unterstützung schmerzlich empfinden; die Nationalliberalen und Conservativen dagegen hätten bei strenger Neutralität der Socialdemokraten in den Stichwahlen schon manches Mandat gewonnen. Leider können wir den Worten des Herrn Bebel nicht den geringsten praktischen Werth beilegen. Die Neutralität der Socialdemokratie in den Wahlkämpfen zwischen den bürgerlichen Parteien ist schon oft und feierlich verkündigt, aber nie beobachtet worden. Stets hat sich in Stichwahlen, bei denen die Conservativen oder Nationalliberalen betheiligt waren, die socialdemokratisch-freisinnig-ultramontane Bundesgenossenschaft zusammengefunden, mögen die Socialdemokraten auch hundertmal Neutralität beschlossen haben.

* Aus Jena wird uns vom 17. October gemeldet: Die **Franzosen** haben in ihrer thörichten Sucht, überall Spione zu sehen, wieder einmal einen unsinnigen Streich verübt. Sie haben nämlich den Hausarzt der Großherzoglichen Landesirrenheilanstalt in Jena, Privatdocenten an der Universität Dr. Zieben, welcher auf einer Ferienreise in Corsika begriffen ist, als vermeintlichen „Spion" festgehalten. Auf ein gestern Abend hier ein eingegangenes Telegramm, durch welches Dr. Zieben seine Verhaftung meldet, ist sofort eine Depesche an den Präfecten von Bastia abgeschickt worden, um denselben über die Persönlichkeit des Verhafteten aufzuklären und dessen Freilassung zu bewirken.

* Das **bayerische Justizministerium** verlangt, wie man uns aus München schreibt, vom Landtage wiederum einen Credit von 2500 Mark als **Entschädigung für unschuldig erlittene Haft,** und es ist deshalb diese Summe in den Etat von 1892/93 eingestellt worden. Zum ersten Male in der laufenden Finanzperiode ist für den Etat von 1890/91 der Betrag von 2500 Mark auf Verlangen des Justizministeriums für diesen Zweck bewilligt worden; doch ist nicht bekannt, wie viel von dieser Summe verausgabt worden ist.

* * *

* Aus Wien wird vom 17. October gemeldet: Der **rumänische** Gesandte beim Deutschen Reiche Georg Ghika ist heute nach Berlin abgereist.

* Der **fünfzigste Geburtstag** des Abg. Plener gab dessen Parteifreunden Gelegenheit zu großartigen Huldigungen. Es fand ein Bankett statt, bei welchem der Abgeordnete Chlumecky in einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede die Verdienste Plener's entwickelte. Nach weiteren zahlreichen Trinksprüchen anderer Redner ergriff Plener selbst das Wort zu einem Toast auf das Wohl der Partei, deren Fortschritte er hervorhob. Seine Rede wurde mit jubelnden Beifallsäußerungen aufgenommen.

* Aus **siebenbürgisch-rumänischen** Quellen verlautet, zwischen den **Rumänen Siebenbürgens** und der **ungarischen Regierung** stehe ein **Ausgleich** bevor; die Rumänen werden ihre Rückhaltung aufgeben und in den ungarischen Reichstag eintreten. Sie erhalten die Begünstigung, daß in jenen Bezirken, wo die Rumänen die Mehrheit bilden, sie nationale Abgeordnete wählen, wodurch etwa 20 rumänische Abgeordnete gewählt würden. Wo die Rumänen in der Minderheit sind, sollen diese für den Regierungscandidaten stimmen. Es sollen zwei rumänische Obergespane ernannt, ein rumänisches Obergymnasium in Arad errichtet und bei der Durchführung des Nationalitätengesetzes mehr Milde wie bisher angewendet werden.

* Das Circular des **französischen Cultusministers,** betreffend die Einstellung der **Pilgerfahrten nach Rom,** haben auch die Bischöfe von Bannes und Coutances mit Protestschreiben beantwortet. Der Cardinal Foulon in Rom hat dem Cardinal Langénieux zu seinem Briefe an den Cultusminister beglückwünscht.

* Nach einer Meldung aus **Paris** sind der französischen Regierung Mittheilungen über die Begegnung Marchese di Rudini's mit Herrn von Giers zugekommen, welche es als ausgeschlossen bezeichnen, daß sich von dieser Begegnung irgendwelche Veränderungen der politischen Constellation datiren könnten. Der Zweck dieser Mittheilungen war, einerseits zu verhüten, daß man sich französischerseits irgend welchen Illusionen bezüglich der Folgen der Mailänder Entrevue hingebe, und andererseits dem Verdachte vorzubeugen, als wäre eine russische Annäherung an den Dreibund auf Kosten französischer Interessen beabsichtigt gewesen, ein Verdacht, der in manchen Köpfen aufgestiegen zu sein scheint.

* Anläßlich der jüngsten **Vorgänge in Rom** hat König **Humbert,** wie man sich erinnert, von dem dortigen **Bürgermeister** Namens der hauptstädtischen Bevölkerung ein Huldigungs-Telegramm erhalten, das er augenblicklich erwiderte. Die Antwort wurde aber aus Gründen der Staatsraison nicht publicirt, sondern vom Ministerium zur Modificirung wieder nach Monza zurückgeschickt. Am Abende darauf wurde das bekannte, ziemlich nichtssagende modificirte Telegramm veröffentlicht. Dem „Berliner Tageblatt" wird nun der folgende, angeblich authentische Wortlaut des königlichen Telegramms mitgetheilt: „Gerührt als Sohn, stolz als Italiener, schließe ich mich mit ganzem Herzen dem großen und edlen Protest des römischen Volkes, meines Volkes, an. Rathen Sie aber jetzt den Römern, zurückzukehren, denn Ruhe ist die Sache des Starken. Umberto."

* Wie der „Economista d'Italia" erfährt, wird der Ministerpräsident di Rudini in der Rede, welche derselbe am 8. November in **Mailand** zu halten beabsichtigt, sich hauptsächlich mit der wirthschaftlichen und finanziellen Lage Italiens beschäftigen. An die Zusagen anknüpfend, welche das Cabinet bei seinem Amtsantritt in der Kammer gemacht hat, werde der Minister feststellen, daß diese Zusagen volle Erfüllung erfahren hätten. Des Weiteren werde Rudini die durchgeführten Ersparungen eingehend analysiren, das abgeschlossene und die künftigen Budgets einer Prüfung unterziehen und die Absichten der Regierung darlegen, durch deren Ausführung das bereits erreichte Gleichgewicht sichergestellt und den Budgets eine größere Elasticität verliehen werden solle. In Anknüpfung an die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz werde der Minister eine Darlegung der Zollpolitik der Regierung geben.

* Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht eine Mittheilung, in welcher die Blättermeldung, daß der **Dreibundsvertrag** dem russischen Minister des Auswärtigen, v. Giers, in seiner Unterredung mit Rudini mitgetheilt worden sei, als gänzlich unbegründet erklärt wird.

* Die Londoner „St. James' Gazette" will Grund zu der Annahme besitzen, daß die Anwesenheit der russischen Truppen in den **Pamirländern** binnen kurzer Zeit zu einer gründlichen diplomatischen Auseinandersetzung zwischen Großbritannien und Rußland führen werde. Man wisse jetzt, daß russische Truppen die Grenzen des afghanischen und des chinesischen Gebiets überschritten hätten, und es sei nicht unwahrscheinlich, daß England und China gegenüber diesem russischen Vorstoß gemeinsame Sache machen würden. Von anderer Seite verlautet wiederum, es seien zur Zeit weder in London noch in Kalkutta endgiltige Beschlüsse gefaßt und hätten dergleichen auch keinesfalls eher zu erwarten, als bis Capitain Younghusband, der von den Russen bekanntlich ohne viel Federlesens aus den Pamirländern ausgewiesen worden, zurückgekehrt und seinen Bericht erstattet haben würde. Letztere Version hat offenbar die größere Wahrscheinlichkeit für sich, auch vom Standpuncte rein sachlicher Erwägung aus. Wenn die Pamir-Affaire wirklich den ernsten Hintergrund hat, den sachkundige englische Autoritäten und die Auffassung der englischen Presse ihr übereinstimmend zuerkennen, so erscheint es um so dringender geboten, nur aus vollster Kenntniß des Thatbestandes und nach sorgsamster Prüfung aller Möglichkeiten in eine diplomatische Action einzutreten, deren Verlauf keineswegs sicher ist und ebensowohl Fehlschläge wie Erfolge zeitigen kann. Wie wenig die publicistischen Ankündiger und Befürworter einer diplomatischen Reclamation wegen des Pamirzwischenfalls mit sich selber wegen der Einzelheiten des etwaigen modus procedendi im Reinen sind, läßt schon ihre Heranziehung Chinas in die Sache erkennen, gleich als ob die Pekinger Regierung, welche von viel näher liegenden Sorgen geplagt, und vornehmlich von dem englischen Vertreter in Schach gehalten wird, während Rußland sich eifrigst um die Gunst Chinas bemüht, nichts Eiligeres zu thun hätte, als den Engländern die Hälfte ihrer mittelasiatischen Beklemmungen abzunehmen. Wenn, um die Pamir-Affaire in diplomatischen Fluß zu bringen, erst China herangezogen werden muß, dürfte den Russen die Rechtswohlthat der Verjährung in ausgiebigstem Maße zu Gute kommen. Ueberhaupt werden vollzogene Thatsachen durch nachträgliche diplomatische Manöver nicht wieder aus der Welt geschafft; besser ist es jedenfalls, man stellt ihnen ähnliche Thatsachen entgegen, oder, falls dies Verfahren unpraktikabel erscheinen sollte, man findet sich mit ihnen ab, wie man es schon mit so manchen vorangegangenen gethan hat.

* Die etwas unerwartete Taktik der **Parnelliten** hat der **Partei Gladstone** einen fetten Strich durch die Rechnung gemacht. Man hatte allerseits geglaubt, daß sich die beiden Fractionen am Grabe Parnell's versöhnen würden, wäre es auch nur, um sich in den Pariser Fonds im Betrage von nahezu 40 000 Lstrl. theilen zu können. So, wie die Dinge stehen, weigert sich das Bankhaus, die von Parnell und Mc. Carthy deponirte Summe herauszugeben, solange sich die Parteien nicht darüber einigen oder bis eine Partei den Beweis führen kann, daß die Gelder den Intentionen der Zeichner in Amerika gemäß Verwendung finden werden. Wahrscheinlich bezwecken die Parnelliten, durch ihre sittlich entrüstete Haltung ihren Landsleuten in Amerika zu imponiren und letztere zu veranlassen, in Zukunft nur ihnen, den Parnelliten, als unversöhnlichen Gegner Englands, die Dollars zu stiften. Das Salisbury-Cabinet ist infolge dieser fortgesetzten Spaltung der feindlichen Mächte erheblich gestärkt worden und die Sache Gladstone's hat einen empfindlichen Schlag erhalten.

* Es war vorauszusehen, daß die unionistischen Blätter Englands die Wahl Balfour's zum Leiter des **Unterhauses** mit Genugthuung begrüßen würden. Denn Balfour ist ein eben so großer Gegner des Homerule in allen seinen Spielarten, als ein thatkräftiger Vorkämpfer der unionistischen Politik. Auch die liberalen Blätter äußern sich vorläufig höflich und zurückhaltend. Da die Neuwahlen zum Parlament nicht mehr fern sind, so wird in der That von der

SLUB
Wir führen Wissen.